Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 100 000 M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag
7. September 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 32—33. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 041. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis s. Tl. 1 700 000.— M für die Woche.

Im Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahle eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 400 000 M je 23 mm breite mm-Zeile. Beharrungsgebühr wird nach besonderem Tarif berechnet

7. 9. a Nr. 414 100 000
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Getreideversorgung und Steuerentrichtung.

Von
Regierungsrat **v. Kalm**, Holzminden.

Die Zwangsbewirtschaftung des Getreides ist beseitigt. Zweifel kann kein Zweifel bestehen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide auch im kommenden Wirtschaftsjahr die ernteste Sorge der maßgebenden Behörden bildet. Eine ausreichende Brotversorgung muß sichergestellt werden, darüber sind sich wohl Freunde und Feinde der bisherigen Versorgungstreigelung einig. An Stelle der Lieferung der gemilderten Form der Zwangswirtschaft, treffen die Landwirtschaft jetzt sehr erhebliche Steuerlasten. Man mag über die neuen Steuerlisten Maßnahmen der Reichsregierung denken, wie man will, so viel steht fest, daß sie die Landwirtschaft zwingen werden, die diesjährige Ernte im wesentlichen im Laufe des Winters zu verkaufen, um die Gesamtmittel für die Steuern aufzubringen. Aus den Kreisen der Mühlen hört man die lebhaftesten Klagen, daß sie nicht über genügend Betriebskapital verfügen, um das Angebot aufzunehmen. Unter diesen Umständen besteht die ernste Gefahr, daß das Brotgetreide in unrechte Hände kommt. Ausländische notorische Aufkäufer haben leichtes Spiel, und wenn es ihnen vielleicht auch nicht immer glückt, das Korn über die Grenze zu schaffen, sie werden jedenfalls erhebliche Mengen auch unerlaubt für der deutschen Grenzen dem Verbrauch zunächst vorenthalten, bis die Preise durch die Spekulation auf die gewünschte Höhe getrieben sind. Ihre internationalen Beziehungen werden es ihnen leicht machen, den Dollar noch weiter nach oben zu jagen, eine gefügige Presse wird für das nötige Geschrei über die Wuchergewinne der Landwirtschaft sorgen, und der von diesen internationalen Kreisen gewünschte Erfolg wird eintreten: Das Volk bekommt kein Brot mehr oder doch nur zu unerschwinglichen Preisen; Revolten in den Städten zwingen die Regierung zu Schritten nicht gegen die Schuldigen, sondern gegen die Landwirtschaft, zu Maßregeln, die der landwirtschaftlichen Bevölkerung brechen müssen, und der gewünschte Erfolg, der Zusammenbruch des Reiches, ist besiegelt.

Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Erfolg zu vereiteln. Solche Mittel sind meines Erachtens noch gegeben, nur muß bald gehandelt werden.

Das wichtige Hindernis ist unleidlichem Brotgetreide wird eine strenge Durchführung der neuen Steuern, wie sie von dem neuen Reichsfinanzminister, Herrn Dr. Hilferding, zu erwarten steht. Man erzwingen. Es wird sich nur darum handeln, diese Getreidemengen in die richtige Hand — die öffentliche — zu bringen.

Noch ist die Organisation der Kreiskornstellen vorhanden. Es ist nichts weiter nötig, als daß der Landwirt sein Getreide den Kreiskornstellen und ihren Kommissionären noch weiter loswerden kann. Er verkauft an diese Stellen zur letzten amtlichen Notiz. Er bekommt kein bares Geld, sondern nur eine Quittung über den ausmachenden Betrag, und diese Quittung wird von der Finanzkasse als bares Geld bei der Steuerzahlung angenommen. Ein Doppel dieser Quittung kann leicht an den Kommunalverband weitergehen, damit er seinen Kommissionär kontrollieren kann. Dann ist das Korn in der öffentlichen Hand, und der Landwirt hat seine Verpflichtungen erfüllt. Wohlgemerkt, der Landwirt brauchte nicht an die Kreisforstvelle zu liefern, es liegt mir fern, für eine Umwandlung der Zwangswirtschaft einzutreten, aber er kann es zum Marktpreise an eine Stelle liefern, wo er sicher sein kann, daß es wirklich der Volksernährung zugute kommt.

Gewiß vermindern sich durch eine solche Maßregel die Vereinnahmen des Reiches. Das ist aber meines Erachtens nur ein scheinbarer Verlust. Das Reich kann sich der Aufgabe, für die Ernährung des Volkes zu sorgen, gar nicht entziehen. Nach den Meinungen der maßgebenden Mitglieder der Reichsregierung wird eine völlige Stillegung der Notenpresse durch Steuern zunächst noch nicht möglich sein. Da wiegt der scheinbare Ausfall an Steuern nicht auch schwer gegen über dem Vorteil, daß erspartes Getreidemengen auf diesem Wege in die öffentliche Hand kommen. Mit einem Bereitwilligkeit durch die öffentliche Hand rechnet man ohnedies, man laßt deshalb die Reichsgetreidestelle, wenn auch in abgeänderter Form, noch bestehen. Ich bin der Ansicht, warum das Reich dann nicht in dieser einfachen Form gleich vom Produzenten kaufen will, wobei es noch den Vorteil hat, daß das Geld nicht auf dem Wege von der Zwischenstelle zur Reichsgetreidestelle erst noch entwertet, wobei es weiter die Zwischengewinne des Handels ausschaltet. Da dieser Zwischengewinn des Handels dem Reiche oder dem Landwirte zufließt, ist gleichgültig. Der Landwirt wird ihn wieder in seinen Betrieb stecken und damit der Allgemeinheit nutzbar machen.

Es kann auch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten, daß auf diesem Wege das Reich die Gelder bezahlt, für die der Kommunalverband den Gegenwert, das Getreide, erhält. Mit einer Offenheit ist in erst kürzlich im Reichstag ausgesprochen, daß Länder und Gemeinden heute fast völlig vom Reiche mit Hilfe der Notenpresse finanziert werden müssen. Da muß es möglich sein, daß das Reich seine Verschlußaufschüsse und Steueranteile den Kommunalverbänden in Gestalt von bezahlten Kornrechnungen überweist. Die nötigen Barmittel erhalten die Kommunalverbände dadurch, daß sie das Mehl zum Tagespreis an die Bäcker abgeben lassen.

Man werde nicht ein, daß es für solche Maßnahmen schon zu spät sei. Es sind erst die August- und September-Raten der neuen Steuern fällig geworden. Fünf Monatsraten der Goldsteuer, zwei Raten der Einkommensteuervorauszahlungen und der Rheinrubrabgabe können noch auf diesem Wege erfolgt werden, und nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers ist noch mit weiteren Abgaben zu rechnen. Zu spät ist es also auf keinen Fall. Langes Zögern ist allerdings auch nicht mehr möglich, sollen die erheblichen Mehrbeträge, die zu Ende des Kriegs preußischen Ernährungskommissar. Später wurde er als Kommissar mit der Durchführung der Entwaffnung beauftragt.

Kurz vor Redaktionsschluß verlautet, daß Dr. Peters das ihm angebotene Amt abgelehnt habe.

Amtl. Dollarkurs: 53 000 000

Eine Goldmark berechnet sich auf 12 600 000.
Erregung am Effekten- und Devisenmarkt.

Der italienisch-griechische Konflikt.

Albaniens Haltung schafft eine neue Wendung.

A. **London**, 7. 9. (Eigenbericht.) Der italienisch-griechische Konflikt scheint durch die Haltung der albanischen Regierung eine unerwartete Wendung nehmen zu wollen. Der „Daily Telegraph" will erfahren haben, daß die albanische Regierung den Alliierten mitgeteilt habe, sie weigere sich, eine Untersuchung der Botschafterkonferenz zur Aufklärung der Mordtat auf albanischem Gebiete zuzulassen. Dieser seltsame Zwischenfall habe zur Folge gehabt, daß man heute zweifeln beginne, ob die Mordtat überhaupt von Griechen begangen worden sei, da in diesem Falle sich die albanische Regierung nicht bereit, an der Aufdeckung des Verbrechens mitzuarbeiten. Es entsteht auch weiterhin die Frage, ob Albanien bei seiner Haltung den Ratschlägen einer fremden Macht gefolgt sei, wenn, welcher. In London sei deswegen der Verdacht aufgetaucht, daß die Maßregel der albanischen Grenzsperrung dazu dienen könne, militärische Vorbereitungen zu verbergen, besonders in der Umgebung von Santa Quaranta.

Ueber die Tragweite der gestrigen Genfer Beschlüsse (siehe 2. Beim. Z. Red.) ist sich die Londoner Presse vorläufig noch nicht ganz im klaren. Immerhin glaubt der Genfer Korrespondent „Times", daß ein direkter Konflikt infolge dieser Beschlüsse früher oder später unvermeidlich sei. Die „Times" selbst glaubt, daß die Lage zum Teil wieder ernster geworden sei, daß man aber bisnoch nicht alle Hoffnungen aufgeben dürfe, weil die Folgen auch für eine Völkerbunds-Aktion verhängnisvoll werden müßten.

Ungünstige Nachrichten über die Fiume-Frage.

Belgrad, 7. 9. (W. T. B.) Die Berichte über die Verhandlungen mit Italien in der Frage von Fiume lauten sehr ungünstig und man glaubt nicht, daß es zu einer Verständigung kommen wird, so daß ein Schiedsspruch des schweizerischen Bundespräsidenten unvermeidlich erscheint. Das Blatt „Politika", welches über die letzte Ministersitzung berichtet, führt aus, Italien massiere in seinen letzten Vorschlägen den Wunsch, Fiume zu annektieren, es aber über ein Fiume-Freistaat beschehen, wenn an der Mria ein längerer Friede gewünscht werde.

Aufgegeben von dem Standpunkte, daß das gegenwärtige Gleichgewicht auf dem Balkan nicht geändert werden dürfe, beschloß die Regierung, in dem italienisch-griechischen Streitfall Zurückhaltung zu bewahren und die Entwicklung der weiteren Ereignisse abwerfsam zu verfolgen, ihren Standpunkt aber jenem internationalen Forum, welches mit der Prüfung des Streitfalles betraut wird, bekanntzugeben.

Handschreiben des Reichspräsidenten an die Königin von Holland.

W. T. B. meldet:

Anläßlich des 25jährigen Regierungsjubiläums der Königin Wilhelmine von Holland ließ der Reichspräsident durch den Gesandten im Haag Freiherrn von Lucius der Königin ein Handschreiben überreichen, in dem insbesondere auf die legenswerte Liebestätigkeit des Landes während des Krieges und nach dem Kriege hingewiesen wird.

Ferner ließ der Reichspräsident den niederländischen Gesandten Baron Gevers durch den Chef seines Bureaus, Ministerdirektor Meyer, am Donnerstag nachmittag seine Glückwünsche aussprechen. Der Reichskanzler Dr. Stresemann und Generalsekretär, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Maltzan und andere höhere Beamte des Auswärtigen Amts sandten sich in den niederländischen Gesandtschaft die Kleider vom Leibe gerissen wurden, und Kinder, die unter die Füße der Vorkommen geraten waren, auf einen geheuren Gebrauch herausstürzten. 200 Personen brachen bewußtlos zusammen, eine ist dabei gestorben.

Essens Dank an die Königin von Holland.

th. **Essen**, 7. 9. (Eigenbericht.) Stadt Essen hat aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums der Königin von Holland dem in Essen tätigen Konsul der Niederlande die herzlichsten Glückwünsche durch die bereitigen geschäftsführenden Bürgermeister Brassel überbringen lassen. An die Königin von Holland wurde folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

Die Stadt Essen gedenkt am morgigen Jubiläumstage der holländischen Hoheit mit besonders herzlicher Dankbarkeit der verständnisvollen und wirksamen Hilfe, die holländischen Bürger der Stadt in schwerer Zeit geleistet haben.

Besetztes Gebiet und Widerstand.

Am Donnerstag fanden wieder mehrere Besprechungen der Reichsregierung mit Vertretern der besetzten Gebiete statt. Die erklärten, daß der passive Widerstand jetzt nicht abgebaut, sondern voll aufrechterhalten werden müsse. Das sei der einmütige Wille der rheinisch-westfälischen Bevölkerung.

Die separatistische Bewegung sei ganz ohne Bedeutung. Kein anständiger Mensch wolle eine Lösung, deren Urheber Frankreich, einen Rheinstaat, wenn auch im Rahmen des Reiches, zu schaffen, lehne die rheinische Bevölkerung ab und sprach zu schärfster Abwehr entschlossen gegenüber.

Mussolini legt Italiens Standpunkt fest

Keine ergebnislosen Debatten. — Kein Kompromiß mit der nationalen Ehre. — Keine Diskussion und Abstimmung durch den Schiedsspruch.

Paris, 7. 9. (W. T. B.) Dem Sonderberichterstatter des „Matin" in Rom erklärte Ministerpräsident Mussolini:

Der Botschafterrat kann bei seiner Untersuchung zu einem dreifachen Ergebnis kommen. Das erste besteht darin, daß an der Ermordung der italienischen Mission Albanier und nicht Griechen schuld wären. Das ist eine reine Hypothese und wäre höchst unwahrscheinlich, da General Tellini als den Albanieren günstig gesinnt galt. Sollte es sich trotzdem so verhalten, so kann der zweite Teil meines Ultimatums abgeändert werden. Griechenland trägt nur noch minder schwere Verantwortlichkeit territorialer Art, deren Umfang die Botschafterkonferenz bestimmen wird. Zweitens: Sollte der Mord von Griechen begangen worden sein, dann wird die Botschafterkonferenz sich ohne Zweifel mit meinen Forderungen völlig einverstanden erklären. Namentlich Frankreich wird sich daran erinnern, daß es für die Ermordung eines seiner Matrosen die Zahlung von 50 Millionen Goldfranken sowie förmliche Entschuldigungen und Abbitte verlangte, an der der König, die Armee und alle griechischen Behörden teilnehmen mußten. Drittens wäre es möglich, daß für die Mordtat griechische Beamte verantwortlich wären. Für diesen Fall nehme ich angesichts dieses barbarischen Ueberfalls auf die Mandatare der Mächte an, daß meine Forderungen verschärft und durch weitere Sanktionen vervollständigt werden.

Deshalb bin ich der Ansicht, daß eine klare Untersuchung durch die Großmächte durchgeführt werden kann, die sich ihrer Pflicht bewußt sind und ganz klar vorgehen müssen, jedoch nicht durch endlose und ergebnislose Debatten. Die öffentliche Meinung Italiens hat an der Haltung der englischen Presse Anstoß genommen, sie hat sich durch sie vor den Kopf gestoßen gefühlt, besonders durch die Drohung mit einer Blockade, die im übrigen auf niemand Eindruck gemacht hat. Glauben Sie mir, nichts wird mich davon bringen, zurückzuweichen oder ein Kompromiß mit der nationalen Ehre anzunehmen. Wir werden nicht zugeben, daß der Italien zugefügte Schimpf in der Völkerbundsversammlung diskutiert und abgeurteilt wird. Lassen Sie mich annehmen, daß Frankreich an unserer Seite ebenso handeln würde.

Italienische Forderung für die Besetzung Korfus.

S. **Paris**, 7. 9. (Eigenbericht.) Die italienische Regierung fordert von Griechenland eine weitere Summe von fünfzehn Millionen Lire zur Deckung der Kosten für die Besetzung von Korfu. Nach einer Meldung des „New York Herald" hat die griechische Regierung die Vermittlung der griechischen Staatsbank geneehmigt, um den von Italien geforderten Scheckverfolgungen, sowie die einzigen fünfzehn Millionen Lire zur Verfügung des Völkerbundes zu stellen, sobald dieser mit der Lösung des griechisch-italienischen Konfliktes betraut worden wird.

Vertagung der Völkerbundsversammlung.

Genf, 7. 9. (W. T. B.) Die Völkerbundsversammlung ist von neuem auf Montag vertagt worden. Die Versammlung hat infolgedessen bisher nur an zwei Tagen beraten. Ueber die nächste Zusammenkunft des Völkerbundrats ist noch nichts bekannt.

Ein privater amerikanischer Reparationsvorschlag.

London, 7. 9. Wie aus Chicago gemeldet wird, hat der von einer Europareise zurückgekehrte Schatzkanzler der republikanischen Partei, Upham, die Absicht, Präsident Coolidge um eine neue Intervention in der Reparationsfrage zu bitten. Der Präsident soll vom Kongreß die Ermächtigung zur Einberufung einer Konferenz amerikanischer Bankiers und Kaufleute erhalten, die Vorschläge über die deutschen Reparationsleistungen machen soll. Wenn Frankreich weigern sollte, diese Vorschläge anzuerkennen, solle Amerika auf die Zurückzahlung der französischen Schulden dringen.

Die Ingenieurkommission entfaltet eine rührige Tätigkeit.

th. **Essen**, 7. 9. (Eigenbericht.) Die Ingenieurkommissionen der Okkupationstruppen beginnen in der letzten Zeit eine merkwürdig rührige Tätigkeit zu entfalten. Bereits in der vergangenen Woche machten die Ingenieurkommissionen durch Besichtigung verschiedener Werke von sich reden. Auch gestern stattete eine französische Ingenieurkommission den Anlagen der Krupp'schen Gußstahlfabrik einen sehr eingehenden Besuch ab. In verschiedenen Kreisen glaubt man der Meinung zu sein, daß diese Besuche der Ingenieure der Aufstalt zu neuen Schritten der Franzosen führen. In diesem Zusammenhang ist vielleicht nicht uninteressant, daß die Truppen, die in Essen liegen, jetzt um ein neues Bataillon verstärkt worden. Am gleichen Tage hat übrigens noch eine andere Ingenieurkommission die Anlagen der Zeche Consolidation in Gelsenkirchen besichtigt. Consolidation besitzt bekanntlich modern ausgebaute Hochöfen und Kokereien.

Dies Gebiet freilich möglicherweise die nachstehende Meldung:

S. **Paris**, 7. 9. (Eigenbericht.) Wie seinerzeit gemeldet, hat der französische Arbeitsminister eine ministerielle Kommission ernannt, die darüber beraten soll, was mit den im Ruhrgebiet „beschlagnahmten" Organisationen geschehen soll. Diese Kommission hat bisher seinerzeit pesiteln Arbeit geleistet. Die Regierung behalte daher weitere Maßregeln im Auge.

Uebertriebene Meldungen über Japan.

Der italienische Botschafter gerettet.

S. **Paris**, 7. 9. (Eigenbericht) Die jetzt hier eingetroffenen ersten offiziellen Meldungen über die japanische Erdbebenkatastrophe bezeichnen die Verluste an Toten und Verwundeten als nicht so groß, wie zuerst gemeldet worden war. Der gestern gemeldete Tod des italienischen Botschafters de Martino bestätigt sich nicht. Die Materialverluste sind allerdings groß. Doch bliebe in Tokio ein Teil der öffentlichen Gebäude, wie es jetzt heißt, erhalten, so das Justizministerium, das Ministerium des Kaiserhauses, das Abgeordnetenhaus, die Präfektur und ein Teil des Palastes. Sehr groß sind die Verluste für Kunst und Wissenschaft. So sind beispielsweise die seit Jahrhunderten gesammelten buddhistischen Bücher in den Bibliotheken und Klöstern zum größten Teil der Katastrophe zum Opfer gefallen. Sonderbarerweise war das Erdbeben in einer japanischen Zeitschrift vom 28. August voraussgesagt, und zwar mit der Begründung, daß der Wasserspiegel von sind kleineren Seen seit einigen Tagen stark gesunken war, was bisher noch immer als Anzeichen einer bevorstehenden Erdbebenkatastrophe sich erwiesen hatte.

Schnelle Erholung zu erwarten.

London, 7. 9. (T. U.) Eine Depesche aus Washington belagt, daß Staatssekretär Wellon übergzeugt ist, daß Japan sich von der schrecklichen Lage, in der es sich befindet, schnell erholen werde. Wellon erklärte, daß die japanische Regierung über einen ausgezeichneten Kredit verfüge. Man glaubt, daß japanische Anleihen in den japanischen Städten ausgegeben würden, die zum größten Teil von den Japanern selbst gedeckt, zu einem Teil auf den amerikanischen Märkten (!) gezeichnet werden müßten.

Reuter berichtet aus Chaka, daß in Tokio die Hauptbanken wieder geöffnet sind.

Amtliche Verlustschätzungen.

Paris, 7. 9. (W. T. B.) Wie „Petit Parisien" aus London meldet, hat der japanische Minister des Innern jetzt die ersten amtlichen Schätzungen über das Unglück in Japan der Oeffentlichkeit. Danach sind in Tokio mehr als 30 000 Personen getötet worden. Für Yokohama beträgt die Zahl der Toten allein 100 000. Die Anzahl der Toten auf der Insel Hondo wird auf und 200 000 beziffert. Amtliche Zahlen über die Verletzten hat man bis jetzt nur für Tokio und Yokohama, wo man sie auf 100 000 schätzt. In Tokio sind 350 000 Personen ohne Obdach.

Nach einem Bericht eines Kriegsschiffes sind 70 Ausländer in Yokohama und drei in Hakone ums Leben gekommen. In Tokio sind unter den Ausländern keine Verwundeten zu verzeichnen. Wie Havas aus Schanghai meldet, sind 800 im Tokioer Universitätskrankenhaus liegende Kranke bei dem nach dem Erdbeben ausgebrochenen Feuer ums Leben gekommen.

Militärmeldungen zufolge ist aus Kobe ein Bericht eingetroffen, wonach in Yokohama die Cholera ausgebrochen ist.

Nach einer Havasmeldung aus Nagasaki bestätigt der Minister des Aeußern, daß die italienische, die französische, die amerikanische und die englische Botschaft durch Feuer zerstört worden sind.

Britische Hilfsaktion.

London, 8. 9. (T. U.) Die dem Lordmayor von London in die Wege geleitete Subskription für Japan hat bereits beträchtliche Ergebnisse erzielt. Auch die englische Regierung unternimmt alles, was in ihrer Kraft steht, um an den Hilfsaktionen für das so schwer heimgesuchte befreundete Land beizutragen. Die englische Chinaflotte ist auf dem Wege nach Japan und führt große Lebensmittelvorräte mit sich. Ein englisches Kriegsschiff ist bereits in dem zerstörten Yokohama angelangt, der Dampfer „Ambrosie" und einige leichte Kreuzer sind auf dem Wege zum selben Ziele und führen Lebensmittel mit sich. Die australische Regierung hat 60 000 Pfund Sterling nach Japan geschickt, die kanadische Lebensmittel.

Trauerkundgebung in Frankreich.

Paris, 7. 9. (W. T. B.) Der Ministerrat ist gestern unter dem Vorsitz Millerands zusammengetreten. Nach dem amtlichen Bericht hat Poincaré über die auswärtige Lage Bericht erstattet. Weiter hat Millerand morgen zum Zeichen der Trauer über die Katastrophe, die Japan heimgesucht hat, auf allen Ministerien Gebäuden halbmast zu flaggen, und außerdem sollen alle öffentlichen Lustbarkeitsstätten in Frankreich aufgeforert werden, morgen zu schließen.

Zur Kabinettsbildung in Japan.

Zu der von uns in Nr. 408 gebrachten Meldung über die Bildung des neuen Kabinetts Yamamoto in Japan werden uns noch nachstehende Einzelheiten gegeben:

Justizminister, Hiranuma.
Unterricht: Okono (bisher Justiz).
Verkehr: Inoeki.
Eisenbahn: Yamanashi.

Die übrigen Ministerposten bleiben so, wie bereits gemeldet war.

Rußland hält am Außenhandelsmonopol fest

Moskau, 6. 9. (W. T. B.) Nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur erklärte Krassin gestern von den Besuchern der landwirtschaftlichen Ausstellung, daß das Außenhandelsmonopol unerschütterlich sei, und wies darauf hin, daß vor Jahresfrist die ganze Handelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuß von 200 Millionen Goldrubel wiederhergestellt sein würde.

Diesjährige Nobelpreis-Kandidaten.

S. **Paris**, 7. 9. (Eigenbericht) Reutermeldungen zufolge gibt es für den Friedenspreis Nobelpreis eine dreißig Kandidaten, darunter Keynes, Lord Robert Cecil, Nitti, Hughes und Elsa Brandström.

Währungsreform und Devisenbeschlagnahme.

Der Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrats setzte heute vormittag seine Beratungen über die Währungsreform fort und förderte sie so weit, daß sich um die Mittagsstunde ein Redaktionsausschuß ins Reichsfinanzministerium begeben und den Reichsfinanzminister die Fassungen des Ausschusses vortragen konnte. Man nimmt an, daß der Entwurf der Regierung auf Grund dieser Mitteilungen bereits so weit gefördert werden kann, daß sich das Kabinett in allerfürzester Frist damit beschäftigen wird.

Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe schon mitteilten, wird sich der Reichsrat gleichzeitig mit dem Entwurf von Dr. Helfferich stützen, jedoch auf Grund der Gutachten des Währungsausschusses den Gedanken der Roggenmarkfollen lassen und dafür eine bestimmte Menge Feingold zur Grundlage der neuen Währung machen. Im Ausschuß wurde darauf hingewiesen, daß bei einer Zugrundelegung von Roggen die Gefahr bestände, daß im Interesse der neuen Währung die Getreidepreise künstlich in die Höhe getrieben und dadurch die Brotversorgung der Bevölkerung gefährdet werde.

Im Währungsausschuß machte sich heute Ueberraschung darüber bemerkbar, daß gerade jetzt, wo mit allen Kräften an einer Reform der Währung gearbeitet wird, eine Verordnung herauskommt, durch die eine Beschlagnahme der Devisenbestände verfügt wird. Man war der Ansicht, daß durch die Verordnung die Devisenbestände aus dem Volke herausgezogen werden, die eigentlich zur Deckung der neuen Währung dienen sollten, während man die Gesetze kennt, daß sie sich auf Furcht vor der gewaltsamen Enteignung in Schlupfwinkel verkriechen werden, und denen sie nie wieder herausgezogen werden können.

Die Bedenken, die innerhalb des Reichswirtschaftsrats geäußert werden, bestehen unbedingt zu Recht. Wir haben, unter Zurückstellung jeder Bedenken, die Regierung der Regierung unterstützt und tun das auch ferner. Das tadelnde Gewicht des im Reichswirtschaftsrat geäußerten Bedenkens ist indessen nur nicht zu unterschätzen. Der Reichswirtschaftsminister steht auf dem Standpunkt, daß die Währungsbank für die Zukunft [illegible] und daß von Zwangsmaßnahmen gegenüber der Devisen bedenkt gewechselt sei. Dieser Standpunkt ist anscheinend, Vielleicht ist im ersten Moment keine weitere Zeit, als erforderlich zu sein schien.

Devisen-Kommissar Dr. Peters?

Dr. Peters ist, wie wir hören, zum Devisenkommissar ernannt worden. Dr. Peters war zu Ende des Kriegs preußischer Ernährungskommissar. Später wurde er als Kommissar mit der Durchführung der Entwaffnung beauftragt.

Kurz vor Redaktionsschluß verlautet, daß Dr. Peters das ihm angebotene Amt abgelehnt habe.

Das Eisenbahnunglück bei Hannover

Bericht eines Augenzeugen.

Hannover, 6. 9. (T. U.) Der frühere Oberleutnant Jan Arkens (holländischer Staatsangehöriger), der mit schweren Knochenbrüchen im jüdischen Krankenhause zu Hannover liegt, gab dem Vertreter der T. U. Hannover folgende folgende Darstellung von dem furchtbaren Eisenbahnunglück zwischen Seelze und Wunstorf:

Ich wollte nach Holland reisen und befand in Halle den D-Zug 138, der nach Bentheim fährt. Der Zug war nicht überfüllt besetzt. Es mochte gegen 5½ Uhr nachmittags sein, als der D-Zug ein Stück hinter Hannover plötzlich anhielt. Es war unsere Nacht, und um in der Ferne sah man einige Signale leuchten. Wir hatten kaum zehn Minuten gehalten, als plötzlich ein furchtbarer Ruck durch den Zug ging, worauf auch schon erschütternde Hilferufe durch die Nacht tönten. Mir gegenüber saß ein junger Mitreisender, der mit einem Schlage von seinem Platze verschwunden war. Wir trug es, als ob von hinten her alles innerhalb geschoben wurde. Dann hatte ich das Gefühl, als ob ich selbst unter großem Druck in die Höhe geschleudert wurde und von einer furchtbaren Last wieder auf den Boden herabgedrückt wurde. Es war ein Zustand, der ich meinem Körper, und ich empfand furchtbare Schmerzen. Der Gedanke suchte mir durch den Kopf, daß ich jetzt sterben müsse.

Dann bekam ich auf kurze Sekunden wieder etwas Luft und hörte ein furchtbares Stöhnen und Jammern. Unter ihnen waren zwei Jungen, ein Mann und eine Frau. Zwischen der Tür im Abteil war ein Kind eingeklemmt, der kam um Hilfe schrie; eine Schande später hörbare er: Ich glaube, daß meine Frau tot ist. Auch ich schrie unter dem entsetzlichen Druck und Schmerzen um Hilfe. Alles das dauerte nur wenige Minuten. Ich hatte Arme konnte ich nicht bewegen, und als ich mir der rechten Hand nach meinem Kopf führte, fühlte ich wie das Blut von der Stirn mir über das Gesicht rann.

Als die Menschen, die unverletzt geblieben waren, aus den anderen Abteilen herankamen und auch die Eisenbahnbediensteten erschienen waren, glaubte ich, daß die Rettung nahe sei. Aber die Leute jammerten hilflos umher und man mußte sich, was man gerade dazu anlegen sollte. Es schien mir, daß eine völlige Kopflosigkeit eingetreten war. Ich hörte Hellengeschen. Nach einmonatigem Warten erschien Aerzte und Pfleger und führten das Werk der Rettung mit flinken Händen fort.

*

Hannover, 6. 9. (T. U.) Zu der von uns veröffentlichten Totenliste des Eisenbahnunglücks ist noch nachzutragen, daß sie sich in den Fall des folgendeten Kaufmanns Erich Balle aus Berlin um einen Irrtum handelt. Es handelt sich tatsächlich um den Chemigenieur J. Meisnes aus Berlin-Friedenau.

Reichstag und Beamtenbesitze.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute mit der Neuregelung der Beamtenbesitze. Die Deutschnationalen erklärten, daß sie gegen die Abschaffung der Vierteljahrsvorauszahlung der Gehälter seien.

ERICH MEYERFELD
BERLIN
GRUNDSTÜCKE

Finanzkrise und Sozialpolitik.

Offener Brief an den Herrn Reichsfinanzminister.

Von
Prof. Dr. Adolf Günther, Innsbruck.

Herr Reichsminister! Sie haben in Ihrer Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags sehr warme Worte für den Primat des Staates gegenüber der Privatwirtschaft gefunden. Wer eine solche Sprache in der sozialdemokratischen Literatur häufig mit Bedauern vermißt hat, wird durch jene Aeußerungen eines anerkannten theoretischen Kopfes innerhalb des Sozialismus besonders angenehm berührt werden und hoffen dürfen, daß für die Partei aus der theoretischen Fassung eine praktische Konsequenz folge.

Hierzu scheint mir aber eine gewisse Klärung vorwiegend theoretischer Fragen dienlich zu sein. Sie schließen mit dem Appell, alle egoistischen Bestrebungen auszuschalten. Hieran halte ich mich, wenn ich hernach Dinge berühre, bei denen Parteiinteressen, durch Klassenpolitik kann berührt oder aber auch schärfer herausgearbeitet, eine Rolle spielen.

Wenn sich heute das gesetzgeberische Interesse auf die Beschaffung eines hinreichenden Devisenfonds konzentriert, so ist dessen Wichtigkeit natürlich ohne weiteres zuzugeben. Fraglich muß sein, ob die bisher angewendeten Mittel der Scheu und der werteflüchtigen Anlage, gleichzeitig angewandt, zum Ziele führen konnten. Daß insbesondere der Augenblick, in dem große Summen durch die Steuer zwangsweise aus der Wirtschaft herausgezogen werden, für den Ansatz zu freiwilliger Kreditgewährung physiologisch und materiell unrichtig gewählt worden, erkannten Sie selbst an. Wie dem aber auch sei: ist nun die dritte in Aussicht genommene Maßregel der zwangsweisen Erfassung von vorhandenen, unerhamsal oder auch nur vermuteten Devisenbeständen ein taugliches Mittel? Wirksich, wenn gewiß, gleich zu unrichtigen Voraussetzungen eintreten und wenn eine Annexlie (gegen die selbstverständlich auch erhebliche Gründe sprechen) den Einlieferer von Devisen und Valuten vor der Furcht befreit, nachträglich wegen Steuerhinterziehung belangt zu werden.

Zunächst aber beforge ich, daß auch die Schaffung eines Fonds von einigen hundert Goldmark wenig oder nichts hilft, wenn nicht eben gewisse Voraussetzungen gleichzeitig geschaffen oder wenigstens unverzüglich vorbereitet werden. Auch von einer Aenderung der Grundsätze, nach denen Darlehen seitens der Reichsbank gegeben werden, verspreche ich mir an sich nicht allzuviel. Es wird heute zu oft und zu leicht von einer Wertbeständigkeit gesprochen, für die noch fast jede Grundlage fehlt, die unter Umständen den Fond schließlich als einzigen „Held" im Verfehr bleiben lässt. Papiermark bedeutet Todesstoß gibt, der sich vor allem über die nachher eingeberdete zu unrichtigen Lohn- und Schaffungs-Werten Gegenwert entgegenstellt. Ohne alle von der Reichsbank aufgegangenen Maßnahmen verteidigen zu wollen, muß doch gesagt werden, daß die außerordentliche Zurückhaltung der Reichsbank vor allem aus „sozialpolitischen" Gründen erfolgt ist. Unausgesetzte, nachdrücklichste Appelle erfolgten, zumal seitens des Reichsarbeitsministers und der sozialpolitischen Ressortminister der Länder, an die Unternehmer, die Löhne den Lebenskosten gemäß zu erhöhen; selbstverständlich waren hierfür Kredite gleichzeitig bereitzustellen, bei diesem Teil der Kredite, der als durchlaufender Posten, für augenblickliche Zahlungen benötigt wurde, bei dessen Inanspruchnahme der Unternehmer tatsächlich nur Mittelsperson waren, konnte doch schwerlich wertbeständige Rückgabe und Verzinsung ausgeschlossen werden. Wie leben heute an diesem Punkte, wie ein Finanz, Wirtschafts- und die oft mit sogenannte Sozialpolitik der Gegenwart zusammengeht und daß Sie recht hatten, wenn Sie die Mitwirkung der Sozialpolitiker in allen Ressorts (aber wirklich in allen) forderten. Dies Thema ist weet, weiterverfolgt zu werden. Freilich kann einstweilen nur zwei Punkte hier angedeutet werden.

Den Kernpunkt sehe ich nach wie vor in der Forderung der „wertbeständigen Löhne", des „Index" oder der (mit Recht nach einem ganz anderen Gebiete, Fall der Sozialgesichte so genannten) „gleitenden Lohnsalen". Ist auf Bezug nehmen auf das, was hierüber von mir, vielleicht unter starkem Widerspruche, in diesen Blatte in den Aufsätzen über „Lohnpolitik" und „Index"*) ausgeführt worden ist. Sehr vieles, zumal von Seite des Ausfuhr „Index" entfiehlt, ist völlig eingetroffen: das Sterben der Presse (neuerdings auch des wissenschaftlichen Verlags), die Ueberschreitung der Weltmarktsätze und „Preise, die Brotkarte, die Zwangsbewirtschaftung, die gestörte, oft ganz unmöglich gewordene Ausfuhr, die vorhin schon erwähnte Kreditaufnahme aus „sozialpolitischen" Gründen. Im Kreise stehen aber soll gar nicht mehr nach den zu Tage liegenden vernichtenden Folgen dieser oberflächlichen „Lohnpolitik" gefragt, zumal seitens des einfachen Praxis zu kurzer Diskussion gestellt werden: Kann es wertbeständige Löhne unter den in Deutschland zurzeit herrschenden Verhältnissen überhaupt geben?

Die jüngste Gesetzgebung scheint mir diese Frage bereits, und zwar negativ, beantwortet zu haben. Denn sie zeigt, daß die Preise, einmal auf die höchste Ebene gebracht, stets schneller und in größerem Umfange steigen als die Nominallöhne, daß ferner Löhne und Preise auf einen toten Punkt kommen werden. Auf Grund thematischer Art brauche ich nicht einzugehen, wo die Tatsachen eine so deutliche Sprache reden; brauche auch nicht mehr auf die gewisse Wirkung jeder durch Wertsteigung nicht gerechtfertigten Nominallohnerhöhung hinzuweisen: sie äußert sich bekanntlich ebenso in Erhöhung der Produktionskosten, wie in Vermehrung zusätzlicher Kaufkraft; also in den El